

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Selbstständiger Gelderwerb im öffentlichen Raum

GR. **Rajakovics** stellt folgende Anfrage:

GR. **Rajakovics**: Ich muss die Anfrage stellen, weil ich nicht weiß, wie die taktischen Absprachen zwischen den Fraktionen bezüglich unseres dringlichen Antrages, den wir heute noch einbringen, sind und dann kommen zum Schluss nicht alle Argumente so zum Zug in der Diskussion, wie es notwendig ist. Es geht nämlich um den selbstständigen Gelderwerb im öffentlichen Raum. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute noch zwei dringliche Anträge haben, nämlich den zum Thema Betteln beziehungsweise einen zweiten zum Thema Ordnungsamt, der diese Frage betrifft.

Bei ersterem kann man davon ausgehen, dass der oder die Rednerin Toleranz und Menschenrechte ins Treffen führen wird.

Mir fällt dazu nur die eigenartige Aufregung um das Asylwerberheim in Puntigam ein, wo der SPÖ-Bezirksvorsteher mit der Rückendeckung des SPÖ-Klubobmanns Herper nicht nur an einer Demonstration gegen 30 Asylwerber teilgenommen hat, sondern diese selbst organisiert und angemeldet hat.

Ganz anders, als sein ÖVP-Bezirksvorsteher-Stellvertreter, der besonnen im Sinne unseres Bürgermeisters versucht hat, die Situation zu deeskalieren und Ängste und Vorurteile abzubauen.

In diesem Zusammenhang hat Bürgermeister Nagl auch die „Hardliner“ unter den Asylwerbergegnern zu sich ins Büro gebeten und auch mit der Caritas ein eingehendes Gespräch geführt. Letztlich hat sich die Diskussion in Puntigam beruhigt, auch weil der Bürgermeister mit der Caritas die Asylwerber für gemeinnützige Tätigkeiten im Bezirk einsetzt.

Zu unserer Überraschung war es diesmal Kollege Eichberger, der mit Unterstützung des Klubobmannes Rasenmähen während der Hitze für Senioren, das Baumschneiden nach Sturmschäden, oder die Hilfe bei der Gestaltung des Pfarrvorplatzes als rechtlich nicht gedeckt bezeichnete.

Es ist also für einige scheinbar ein Problem, wenn Asylwerber in ein Haus ziehen, das noch dazu von der Caritas betreut wird, oder wenn sie sich für eine Aufwandsentschädigung an gemeinnützigen Arbeiten beteiligen.

Kein Problem gibt es, wenn Touristen, die in ihrem Heimatland von der Sozialhilfe unterstützt werden, im Bezirk Gries untergebracht werden und diese dann an öffentlichen Plätzen bettelnd Geld verdienen. Daher richte ich an dich sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Clubs folgende

A n f r a g e :

In einigen Ländern der Welt wird Betteln als Arbeit betrachtet. Jene Slowaken der Volksgruppe der Roma, die im Vinzi-Nest untergebracht werden, betrachten Betteln auch als Arbeit. Sie reisen allerdings als Touristen ein und führen die dafür notwendigen Barmittel mit sich. Welche Richtlinien gibt es für das Geldverdienen im öffentlichen Raum beziehungsweise ist Betteln, Straßenmusik, Straßenmalerei etc. als freiberufliche selbstständige Erwerbstätigkeit zu bezeichnen und welche Vorschriften sind dabei einzuhalten?

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Reduzierung von Gemeinderat und Stadtsenat

GRin. Mag. **Uray-Frick** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Uray-Frick**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur, dass unzählige Male bereits in Form von dringlichen Anträgen und Anfragen die Überlegung diskutiert wurde, ob nicht eine Reduzierung der Anzahl der Mitglieder im Grazer Gemeinderat und im Stadtsenat sinnvoll wäre, gab es ja eine Zeit lang auch Sitzungen, um sich mit der Statutenänderung zu befassen.

Die Meinung des freiheitlichen Gemeinderatsklubs dazu ist ja allgemein bekannt und ich brauche daher nicht näher darauf eingehen.

Aber je näher offensichtlich die Grazer Gemeinderatswahl rückt, desto mehr herrscht Schweigen im Walde, sprich in der Thematik einer Statutenänderung. Ich nehme ja nicht an, dass die Klubobleute und Gemeinderäte der Regierungsparteien ganz heimlich, dafür aber um so effizienter über den Sommer daran gearbeitet haben.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Warum nicht?

Mag. **Uray-Frick**: Ja, weil ich das nicht annehme, weil ich schon so lange hier im Hause bin, dass ich die Dinge ja doch ein bisschen abschätzen kann. Wenn es Ihnen mit einer Statutenänderung ernst ist, dann sollte dem Gemeinderat möglichst rasch ein Vorschlag zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Dass für uns die Reduzierung des Stadtsenates und des Gemeinderates eine vordringliche Forderung ist, möchte ich nur abschließend noch einmal festhalten. Und da ja auf Landesebene auch nicht gerade ein friedvolles Miteinander herrscht, wird man wohl auch dem Landtag einige Zeit gewähren müssen, um eine Gesetzesänderung herbeizuführen.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

wann endlich mit einer Beschlussfassung im Gemeinderat über eine letztendlich vom Landtag zu beschließende Änderung des Grazer Statuts, die auch dem Postulat einer sparsamen Verwaltung gerecht wird, zu rechnen ist?

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Universitätsviertel – Videoüberwachung und Lärmmessung

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte die erste Anfrage vorbringen betreffend Universitätsviertel Videoüberwachung und Lärmmessung. Die großen Erfolge der Videokamera am Jakominiplatz, die Akzeptanz dieser Maßnahme in der Bevölkerung, die positiven Rückmeldungen der Polizei und nicht zuletzt nunmehr endlich auch die Zustimmung dieser Form der Kriminalitätsbekämpfung bei nahezu allen politischen Parteien lassen keinen Zweifel mehr an der Sinnhaftigkeit und auch Notwendigkeit des Einsatzes von Videokameras aufkommen.

Die Anrainer des sogenannten Universitätsviertels kämpfen nach wie vor mit nächtlicher Ruhestörung, Vandalismus, tumultartigen Versammlungen, Raufereien und anderen teilweise auch kriminellen Beeinträchtigungen der Lebensqualität.

Vieles wurde schon versucht, nur wenig hat wirklich einen spürbaren Erfolg gebracht. Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass die Stadt Graz mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln korrigierend eingreift.

Neben einer Videoüberwachung einzelner Straßenzüge und neuralgischer Punkte wäre auch eine Lärmmessung wünschenswert, damit bei Überschreitung eines objektiv festgestellten Grenzwertes unverzüglich an Ort und Stelle eingegriffen werden kann.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, die Möglichkeiten des Einsatzes von technisch problemlos möglicher Videoüberwachung mit mobilen Geräten und Lärmmessung im Universitätsviertel zu prüfen und in weiterer Folge natürlich auch umsetzen zu lassen?

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Soko Wirtshaus

GRin. Dr. **Sickl** stellt folgende Anfrage:

Dr. **Sickl**: Zeitungsmeldungen zufolge ist der Erfolg der neu eingerichteten sogenannten Soko Wirtshaus ein Erfolg mit Beigeschmack. Während von einem Stadtsenatsreferenten nur Lob und durchwegs positive Meldungen zu hören sind, zeichnen manche Anrainer ein gänzlich anderes Bild.

Für zusätzliche Verwirrung, inwieweit man nun überhaupt von einem Erfolg sprechen könne oder nicht, sorgt die Tatsache, dass im Rahmen des Jugendschutzes gleich drei Stadtsenatsreferenten zuständig sind, die drei unterschiedliche Bereiche zu kontrollieren haben. So hat der Herr Stadtrat Miedl, zuständig für die Bau- und Anlagenbehörde, die Vollziehung des Jugendschutzgesetzes nur im Rahmen des Prostitutionsgesetzes durchzuführen, dann der Herr Vizebürgermeister Ferk ist zuständig für die Vollziehung des Jugendschutzgesetzes im Rahmen der Gewerbeordnung und die Frau Stadträtin Kaltenbeck-Michl ist für die Vollziehung des Jugendschutzgesetzes mit diesen zwei Ausnahmen zuständig.

Die Schanigartensaison neigt sich zu Ende. Es wäre schön, wenn man aus dem heurigen Jahr positive wie negative Erfahrungen diskutieren könnte, um für das kommende Jahr einen Erfolg ohne Beigeschmack zu erzielen. Wichtig wäre meiner

Meinung nach auch, auch wenn man die Dreiteilung, die ich jetzt vorher aufgezählt habe, des Zuständigkeitsbereiches durch eine Änderung der Geschäftseinteilung vereinfachen könnte.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, dem Gemeinderat in Form eines Informationsberichtes eine Bilanz der Soko Wirtshaus vorzulegen, damit diese in einem Arbeitskreis sowohl in inhaltlicher, struktureller, präventiver und erzieherischer Sicht als auch im Hinblick auf die Dreiteilung der Zuständigkeit diskutiert werden kann?

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Strukturierte Kontrolle

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Aufteilung der verschiedenen Kontrolltätigkeiten des Magistrates ist meiner Meinung nach nicht mehr zeitgemäß, unrentabel und ineffizient. Ein sogenanntes Kontrollamt, das sämtliche Kontrollen durchführt, die der Magistrat wahrzunehmen hat, würde Zeit und Personal sparen.

Dabei geht es mir nicht darum, einen zusätzlichen Polizeiapparat zu schaffen, sondern ich möchte die bereits bestehende Kontrolltätigkeit des Magistrates besser strukturieren. Wesentlich ist für mich, dass Synergieeffekte genutzt werden. Mein Ziel ist es, dass jeder Kontrollor nicht nur einen kleinen Teilbereich kontrolliert, sondern

beispielsweise einen zu kontrollierenden Betrieb auf die Einhaltung sämtlicher Bestimmungen hin überprüft.

Im Gastgewerbe etwa sind Kontrollen betreffend Gewerberecht, Hygienevorschriften oder Größe des Gastgartens durchzuführen. Nun ist es doch widersinnig, wenn ein Kontrollor vorbeikommt und nach Überprüfung der Hygiene in der Küche durch den Gastgarten geht, ohne diesen auch gleich zu überprüfen. Nach dem Motto, 'einer kontrolliert alles' würden Personal, Zeit und Geld gespart werden. Zudem könnten die Kontrolltätigkeiten gebündelt und somit rascher abgewickelt werden, was nicht nur dem kontrollierenden Magistrat, sondern auch den kontrollierten Betrieben und Einzelpersonen entgegen kommen würde.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind, eine Neustrukturierung sämtlicher Kontrolltätigkeiten des Magistrates Graz im Sinne der Sparsamkeit und Effizienz überprüfen zu lassen?

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Verweigerung der Gastgartenausdehnung

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. Eichberger: Liebe Kolleginnen und Kollegen! In meiner mündlichen Anfrage geht es um ein hoffentlich atypisches Beispiel der immer wieder von einer gewissen Fraktion hier titulierten Wirtschaftsfreundlichkeit beziehungsweise

Wirtschaftsunfreundlichkeit. Es geht nämlich um die Situation, dass ein Gastwirt, im konkreten genannt der Herr Fritz Walter, seit April des heurigen Jahres, immerhin fünf Monate, versucht 30 m² zusätzlichen Gastgarten zu erhalten am Franziskanerplatz bei seinen bestehenden Lokalen „Don Camillo“ & „Peppone“ . Ich glaube über die Örtlichkeiten brauchen wir nicht weiter diskutieren, ist den meisten hier hinlänglich bekannt. Abgesehen jetzt davon, dass er seit fünf Monaten hier wartet, war der bisherige Schriftverkehr in dem Zusammenhang mit diesem Ansinnen, dieser Erweiterung um ein paar Tische schon sehr seltsam und, gelinde gesagt, wenig kundenfreundlich.

Unverständlich ist die negative Behördeneinstellung, weil ja durch diese gewünschte und erforderliche Ausdehnung nicht nur jetzt zusätzlich Arbeitsplätze hätten geschaffen werden können, sondern dass natürlich auch durch die entsprechenden Benützungsentgelte hier Geldmittel nicht so sehr eben in den Stadtsäckel fließen, wie sie fließen könnten und es ist auch letztendlich nicht nachvollziehbar diese Ablehnung aus dem Grund, weil nicht unbedingt jetzt verkehrssicherheitstechnische Aspekte gegen diese Ausdehnung in diesem geschilderten Ausmaß bestehen.

Und deshalb stelle ich eben die

A n f r a g e ,

an den Herrn Bürgermeister, ob er bereit ist, die zuständige Fachabteilung klären zu lassen, welche objektiven Beweggründe im konkreten Fall gegen die genannte Ausdehnung sprechen beziehungsweise unter welchem Aspekten und Gesichtspunkt der Herr Fritz Walter wenigstens im nächsten Jahr mit dieser Ausdehnung rechnen könnte. Danke.

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Induktionsschleife bei künftigen Straßenprojekten

GR. **Reiter** stellt folgende Anfrage:

GR. **Reiter**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei neuen Straßenprojekten und Straßensanierungen werden teilweise für Linksabbieger sogenannte Induktionsschleifen unmittelbar vor der Haltelinie eingebaut, die die Verkehrssignalanlage beeinflusst. Viele Verkehrsteilnehmer fahren allerdings nicht bis zum Haltestreifen vor, weshalb dann die Ampel nicht auf Grün schaltet. Grund dafür ist, dass Autofahrer gewohnt sind, sich einen freien Blick zur Ampel zu erhalten, was nur erschwert möglich ist, wenn man zur Haltelinie vorfährt. Teilweise gibt es auch Hinweisschilder, die die Verkehrsteilnehmer auffordern, bis zur Haltelinie vorzufahren. Allerdings sind diese Schilder nur in deutscher Sprache und werden auch vielfach ignoriert, da sie im bestehenden ‚Schilderwald‘ auch leicht zu übersehen sind.

Ein Lösungsansatz wäre, wenn die Induktionsschleifen um einige Meter zurückversetzt würden und die Grünphase bereits eine Autolänge vor der Haltelinie auslösen würden. Dadurch würden sich auch die Zusatzschilder erübrigen.

Im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen mit der Prüfung zu beauftragen, ob bei künftigen Straßenprojekten und umfassenden Straßensanierungen der Einbau der Induktionsschleife wie im Motivenbericht erwähnt rückversetzt erfolgen kann?
(Applaus KPÖ).

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Strafandrohungen in öffentlichen Toiletteanlagen

GRin. **Schloffer** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Vizebürgermeister! Die Anfrage betrifft die Strafandrohungen in den öffentlichen Toiletten der Stadt Graz. Als der Gemeinderat für die öffentlichen Toiletteanlagen in Graz eine Gebührenpflicht für die Benutzung beschlossen hatte, wurde in den Gesprächen zuvor betont, dass es sich dabei in erster Linie um eine für die Stadt Graz steuerbegünstigende Maßnahme handle.

Mehrfach wurden wir seit der Einführung aber darauf aufmerksam gemacht, dass sich jetzt auf Grund dieses Beschlusses in den öffentlichen Toiletteanlagen Hinweisschilder befinden, die unter Strafandrohung die BenutzerInnen zur Gebührentrichtung auffordern.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die Liegenschaftsverwaltung der Stadt Graz um eine Neuformulierung dieses Textes ohne Strafandrohung zu ersuchen, die eine einladende Komponente enthält und die Gastfreundlichkeit der Stadt Graz hervorhebt? Die ausländischen Touristen, welche das nötige Kleingeld nicht bei sich haben, würden sich freuen. Außerdem sind sie oft nicht sehr einladend, das wissen wir aus anderen Anträgen und Anfragen (*Applaus KPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Starhembergasse ruhender Lkw-Verkehr

GR. **Slamanig** stellt folgende Anfrage:

GR. **Slamanig**: Geschätzte Damen und Herren, es geht um den Lkw-Verkehr in der Starhembergasse. Die Starhembergasse wird seit einiger Zeit zunehmend als nächtlicher Parkplatz für schwere Lastkraftfahrzeuge zweckentfremdet.

Die Straßenverkehrsordnung sieht für den Wohnbereich in der Zeit von 22 bis 6 Uhr vor, dass ruhender Lkw-Verkehr mindestens 25 Meter von Wohnhäusern entfernt sein muss.

In der Starhembergasse ist das nicht gegeben. Deshalb kommt es in den Nachtstunden zu einer Abgas- und Lärmbelästigung der Wohnbevölkerung.

Gemeinsam mit den Anrainern schlagen wir vor, dass entsprechend der Straßenverkehrsordnung in der Starhembergasse ein Parkverbot für Schwerverkehr verordnet und umgesetzt wird.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Vizebürgermeister, namens der KPÖ-Fraktion folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich für ein Parkverbot für schwere Lastkraftfahrzeuge in der Starhembergasse einzusetzen? (*Applaus KPÖ*).

Der Vorsitzende erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.